



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Bildungsausschusses am 04.02.2020**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:30 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### **Mitglieder**

Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stellvertretende Ausschussvorsitzende
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Rebecca Plassa	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI, Vertreter für Frau Jacobi
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Cordula Henke	Sachkundige Einwohnerin
Heidemarie Klein	Sachkundige Einwohnerin
Friedrich Lembert	Sachkundiger Einwohner
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 18:30 Uhr
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schiedung	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Sachkundige Einwohnerin

### **Verwaltung**

Katharina Brederlow	Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Dr. Christine Radig	Leiterin Abteilung Schulen
Lisa Paatzsch	Protokollführerin

### **Gäste**

Thomas Senger	Stadtelternrat
---------------	----------------

## **Entschuldigt fehlten:**

Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Willi Preuk	Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

---

zu **Herr Senger zur Hans-Christian-Andersen Schule**

---

**Herr Senger** sagte, dass weder der neue Zaun installiert noch der neue Fußweg bis zur Schule geschottert wurde. Er erfragte, warum die genannten Termine nicht eingehalten wurden und was der Grund dafür war.

**Frau Brederlow** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu **Herr Senger zur Schülerstatistik**

---

**Herr Senger** stellte fest, dass die Anregungen seinerseits in die Schülerstatistik aufgenommen und eine sinnvolle Berechnung verwendet wurde. Jedoch wurden diese Zahlen in der Dringlichkeitsvorlage nicht bedacht.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde eröffnet und geleitet von der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, **Melanie Ranft**. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Ranft** informierte über folgende Dringlichkeit:

1. Änderungssatzung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen und Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) - 1. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung –

**Frau Ranft** bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Frau Plassa** beantragte die Nichtbehandlung wegen Nichtzuständigkeit des

**TOP 5.1**

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion - Demokratieklauseleinführen!-

**Herr Heym** sprach sich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus.

**Frau Ranft** bat um Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag.

Dem Geschäftsordnungsantrag konnten die Ausschussmitglieder mehrheitlich zustimmen.

**Frau Ranft** beantragte Rederecht für Herrn Senger zum TOP 4.2. Sie bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Weiter sagte **Frau Ranft**, dass der TOP 4.2 vor dem TOP 4.1 behandelt wird.

**Frau Ranft** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 28.11.2019
- 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.12.2019
4. Beschlussvorlagen  
Behandlung TOP 4.2
- 4.1. Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019  
Vorlage: VII/2019/00017
- 4.1.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" ( VII/ 2019/00017)  
Vorlage: VII/2019/00622
- 4.1.2. Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur zur Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" ( VII/ 2019/00017)  
Vorlage: VII/2020/00827
- 4.2. 1. Änderungssatzung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen und Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) - 1. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung -  
Vorlage: VII/2019/00742
- 4.2.1. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage VII/2019/00742: 1. Änderungssatzung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5.Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen und Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) -1. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung -  
Vorlage: VII/2020/00906

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion - Demokratieklauseleinführen!  
Vorlage: VII/2019/00663
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

**zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift**

---

**zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 28.11.2019**

---

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 28.11.2019, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

**Abstimmungsergebnis: bestätigt**

**zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.12.2019**

---

**Herr Lange** fragte nach der Beantwortung zu den aktuellen Verbrauchszahlen der Schulen.

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

**Abstimmungsergebnis: bestätigt**

## zu 4      **Beschlussvorlagen**

---

### zu      **Behandlung TOP 4.2**

---

#### zu 4.2      **1. Änderungssatzung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen und Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) - 1. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung - Vorlage: VII/2019/00742**

---

**Frau Brederlow** führte in die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

**Herr Slowig** sprach sich gegen den Beschlussvorschlag aus und begründete seine Auffassung.

**Herr Lange** brachte den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ein und begründete diesen. Weiter fragte er, wann der Bau des Neuen städtischen Gymnasiums abgeschlossen sein wird. Er fragte, ob die Möglichkeit der Nutzung der Friedländer Gesamtschule oder des Neuen städtischen Gymnasiums geprüft wurde.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass der Bau bis zum Sommer 2022 abgeschlossen sein soll. Den Unterricht in den Naturwissenschaften kann das Neue städtische Gymnasium bereits jetzt nicht selbst vor Ort ableisten, für eine zusätzliche Klasse sind keine räumlichen Gegebenheiten in der Bauphase vorhanden..

**Herr Lange** fragte, wann der Bau eigentlich beendet werden sollte.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass der Bau ein Jahr eher abgeschlossen sein sollte, dies jedoch auf Grund von Verzögerungen im Vergabeverfahren und der Bodenbeschaffenheit nicht möglich war.

**Herr Schiedung** sagte, dass es auch im Südstadtgymnasium Platzprobleme hinsichtlich der naturwissenschaftlichen Räume geben soll und fragte, ob es zusätzliche Unterstützung zur Entlastung der Fachräume geben wird. Er schlug vor, einen Container aufzustellen.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass viele Gespräche mit Schulleitern geführt wurden. Sie berichtete über bestehende Kooperationen.

**Herr Schiedung** sagte, dass es einen gewissen Puffer in den Belegungszahlen geben soll.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass Klassen nicht gebildet werden, wenn die Nachfrage nicht besteht. Sie sagte, dass der Puffer für das Vermittlungsverfahren benötigt wird. Sie sagte, dass entsprechend der Baufortschritte geprüft werden muss, wie die Kapazitäten genutzt werden können. Sie warb für die Beschlussvorlage der Verwaltung.

**Herr Scherer** fragte, ob in der Vorlage eine Interimslösung zur Eröffnung einer dritten Gesamtschule vorgesehen ist.

**Frau Brederlow** sagte, dass es keine Interimslösung gibt.

**Frau Ranft** sagte, dass in der Friedländer Schule eine 5. Klasse gebildet werden könnte, welche die Grundlage für die Schule am Holzplatz bildet.

**Frau Brederlow** sagte, dass dies rechtlich nicht möglich ist. Lediglich eine Neugründung wäre möglich und die erfordere 4 Klassen im ersten Jahrgang.

**Frau Ranft** fragte, ob die Module im Hinblick auf die 6-Zügigkeit aufgestellt wurden.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Module aufgrund des Platzmangels und mit Blick auf diese 2 zusätzlichen Klassen aufgestellt wurden.

**Herr Senger** sagte, dass die Kapazität der Gesamtschulen erhöht werden muss. Er sagte, dass insgesamt zu wenig Platz an den Schulen zur Verfügung stehen. Er bemängelte, dass bei den Gesamtschulen fehlende Klassen bei den Gymnasien und Sekundarschulen angegliedert werden.

**Frau Brederlow** sagte, dass es eine Erhöhung bei den Gesamtschulen gibt. Zur Verfügung stehende Räume müssen zunächst von der Stadt erworben und saniert werden. Dies benötigt einen Vorlauf von ca. 3 Jahren. Sie sagte, dass es kein Gebäude gibt, welches sofort als Schule nutzbar wäre.

**Herr Senger** sagte, dass viele Schüler ohne Gymnasialempfehlung in solchen Häusern unterrichtet werden müssen. Er stellte fest, dass geeignete Räume zur Verfügung stehen.

**Frau Ranft** fragte, auf welche Gebäude sich Herr Senger bezieht.

**Herr Senger** antwortete, dass es um die Dölauer Straße geht. Er sagte, dass ringsum die Schule freie Objekte, beispielsweise das ehemalige Wohnheim, stehen, welche als Klassenräume genutzt werden könnten.

**Frau Brederlow** sagte, dass das Wohnheim nicht als Schule genutzt werden kann.

**Frau Dr. Burkert** sagte, dass die Schülerzahl weiter ansteigen wird. Sie fragte, ob langfristig neue Schulen geplant werden.

**Frau Brederlow** sagte, dass in der Schulentwicklungsplanung Neubauten, beispielsweise die Grundschule Schimmelstraße, beschlossen wurden. Weiter soll in der evangelischen Grundschule in Heide-Nord künftig eine weiterführende Schule entstehen. Derzeit wird die Schulentwicklungsplanung angepasst und wird noch in diesem Jahr als Beschlussvorlage vorgelegt. Sie sagte, dass weitere Schulen benötigt werden.

**Herr Slowig** sagte, dass es auch zu wenig besetzte Lehrerstellen gibt. Ausschreibungen wurden vorgenommen, jedoch gab es keine passenden Bewerber. Er sagte, dass am Christian-Wolff-Gymnasium noch mindestens drei Stellen besetzt werden müssten. Er warb für den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale).

**Herr Lange** fragte, ob im Ausweichquartier noch Platz für einen Zug wäre.

**Frau Brederlow** sagte, dass in diesem Jahr noch die Schulen der Kastanienallee untergebracht sind. Damit sind die Räume ausgereizt.

**Herr Lange** fragte, ob im zweiten Gebäudekomplex der Marquerite-Friedländer Schule eine neue Schule gegründet werden könnte.

**Frau Brederlow** sagte, dass dies frühestens ab dem Schuljahr 2022/2023 möglich wäre. Sie gab jedoch den Hinweis, dass auch diese Schule weiter aufwächst.

**Herr Lange** sagte, dass auch der nicht genutzte Gebäudeteil in Heide-Nord sofort saniert werden könnte. Er fragte, ob die Möglichkeit besteht, dass die Gymnasialzweige der KGS Humboldt als Gymnasium anerkannt werden.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass die Schule eine Erweiterung um einen gymnasialen Zweig erhält. Die Errichtung eines weiteren Zweigs ist nicht notwendig.

**Herr Lange** bat um Ausführung zu den Möglichkeiten zur Gründung einer weiteren Gesamtschule im Gebäudekomplex der Marquerte-Friedländer Schule.

**Herr Heym** sagte, dass viele Eltern einen Rechtsanspruch auf eine gewisse Schule haben. Er sagte, dass Möglichkeiten gefunden werden müssen, den Wunsch der Eltern auf einen bestimmten Bildungsweg der Kinder zu erfüllen.

**Herr Lembert** fragte, ob überhaupt die Möglichkeit gesehen wird, an einer Schule noch eine weitere Klasse aufzunehmen. Er fragte, ob die einzelnen Klassenplätze auf die Schulen verteilt werden könnten. Er fragte, warum das Elisabeth Gymnasium in diesem Jahr keine Schüler aufgenommen hat. Zudem wollte er wissen, warum die Aufnahme an den Sekundarschulen immer unter der Kapazitätsgrenze erfolgt.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Sekundarschulen jahrelang nicht besonders gepflegt wurden. Sie sagte, dass die Attraktivität verbessert werden muss.

**Frau Dr. Radig** sagte, dass das Elisabeth Gymnasium im vergangenen Jahr eine zusätzliche Klasse angeboten hat. Sie sagte, dass nicht davon auszugehen ist, dass dies erneut der Fall sein wird. Sie sagte, dass Schüler nicht einfach auf die Schulen verteilt werden können, da alle Klassen bereits ausgelastet sind.

**Herr Senger** sagte, dass an den Wunschschulen Kapazitätserweiterungen vorgenommen werden sollten und nicht an Schulen, welche von den Schülern und Eltern nicht bevorzugt werden. Er sagte, dass die IGS am Steintor noch eine Klasse aufnehmen könnte.

**Frau Brederlow** wies darauf hin, dass an der Zügigkeit nichts verändert werden darf.

**Frau Ranft** sagte, dass die AG Bildung regelmäßiger stattfinden sollte, um solche Probleme und Ideen erörtern zu können. Weiter fragte sie, ob sich Änderung hinsichtlich des Umzugszeitplans der Schule am Holzplatz ergeben haben.

**Frau Brederlow** sagte, dass der Umzug abhängig davon ist, wann die nächsten Schulen umziehen können. Der Zeitplan für die Grundschule wird nicht eingehalten. Weiter merkte sie an, dass die AG Schulentwicklungsplanung weiterhin stattfindet, jedoch wird dort die Schulentwicklungsplanung erörtert.

**Herr Schiedung** bezog sich auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und fragte, welche Konsequenzen der Beschluss mit dem Änderungsantrag hätte.



**Frau Dr. Radig** sagte, dass noch nicht feststeht, welche Anmeldungen die Eltern abgeben werden. Sollte eine 5-Zügigkeit für das Christian-Wolf-Gymnasium festgelegt werden und doch mehr Plätze benötigt werden, müsste schnellstmöglich eine Änderungssatzung beschlossen werden, was wiederum zur Verzögerung der abschließenden Platzvergabe führt und Rechtsunsicherheiten des gesamten Vergabeverfahrens damit verbunden wären.

**Herr Schiedung** fragte, mit welcher Verzögerung zu rechnen wäre.

**Frau Brederlow** sagte, dass eine Änderungssatzung viele Abstimmungen und Zeit benötigt. Zum Schuljahresbeginn müsste bereits jetzt die Änderungssatzung erstellt werden.

**Frau Klein** sagte, dass nicht nur der Bedarf der Gymnasialzweige betrachtet werden kann. Sie merkte an, dass bei Kapazitätserweiterungen an den Schulen die Umsetzung der pädagogischen Konzeption gesichert sein muss.

Sie sagte, dass eine Prüfung erfolgen sollte, ob an der Marquerite-Friedlaender-Schule eine weitere 5. Klasse eröffnet werden kann.

**Herr Senger** fragte, ob der Beschlussvorschlag zurückgestellt werden kann, bis sicher ist, welche Anmeldungen an welchen Schulen abgegeben werden und wie die Kapazitätsgrenzen angepasst werden müssen.

**Herr Scherer** sagte, dass die Prüfung bis zur Sondersitzung erfolgen sollte. Die Beschlussvorlage könnte dann als Dringlichkeit auf die Tagesordnung gesetzt werden.

**Frau Brederlow** fragte, was konkret geprüft werden soll. Sie sagte, dass eine konkrete Entscheidung benötigt wird, um das Vergabeverfahren zu starten. Weiter merkte sie an, dass eine Behandlung der Beschlussvorlage in der Sondersitzung nicht möglich ist.

**Herr Scherer** sagte, dass auch die Raumkapazitäten an der Grundschule Riesenklein geprüft werden sollte.

**Frau Brederlow** merkte an, dass die Gründung einer Schule nicht über eine Satzung, sondern über die Schulentwicklungsplanung erfolgt.

**Frau Ranft** fragte, ob ein Prüfauftrag gegeben werden kann.

**Frau Brederlow** sagte, dass die Aufnahme weiterer Klassen an bestehenden Schulen geprüft werden kann. Die Neugründung einer Schule bedarf einen Beschluss.

**Herr Lange** schlug vor, über das Prüfergebnis einer Neugründung im nächsten Ausschuss zu informieren. Er sagte, dass die Schulentwicklungsplanung als Dringlichkeit im Stadtrat beschlossen werden könnte.

**Frau Brederlow** sagte, dass eine Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung in so kurzer Zeit nicht möglich ist, da umfangreiche Abstimmungen mit dem Landesschulamt notwendig sind. Sie sagte, dass im kommenden Jahr die Schulentwicklungsplanung fortgeschrieben werden soll. Sie sagte zu, die Anregungen aufzunehmen und zu prüfen. Eine Mitteilung, ob an der Marquerite-Friedlaender-Gesamtschule eine weitere 5. Klasse gegründet werden kann, soll in der Sondersitzung erfolgen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Ranft** bat um Abstimmung des Änderungsantrags.

zu 4.2.1 **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage VII/2019/00742: 1. Änderungssatzung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5.Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen und Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) -1. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung - Vorlage: VII/2020/00906**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

Der Beschluss wird wie folgt ergänzt und die Satzung angepasst:

- 1) Die Kapazität des Christian-Wolff-Gymnasiums wird auf 140 Schüler\*innen (5 Züge) in Klasse 5 begrenzt.**

Dann bat **Frau Ranft** um Abstimmung zur geänderten Beschlussvorlage.

zu 4.2 **1. Änderungssatzung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen und Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) - 1. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung - Vorlage: VII/2019/00742**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**zugestimmt mit Änderungen**

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt:

1. die 1. Änderungssatzung der Satzung über das Verfahren zur Aufnahme und Auswahl in den 5. Schuljahrgang und die Festlegung von Kapazitätsgrenzen der Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen und Gymnasien ohne inhaltlichen Schwerpunkt der Stadt Halle (Saale) – 1. Änderungssatzung der Aufnahmesatzung – gemäß der Anlage 1.

zu 4.1 Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019  
Vorlage: VII/2019/00017

---

zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur  
Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" ( VII/  
2019/00017)  
Vorlage: VII/2019/00622

---

zu 4.1.2 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage  
"Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" ( VII/ 2019/00017)  
Vorlage: VII/2020/00827

---

**Frau Ranft** regte an, sich bei der Vorstellung eines solchen Konzeptes auf die ausschussrelevanten Bereiche zu konzentrieren.

**Herr Heym** brachte den Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion ein und begründete diesen.

**Frau Mackies** brachte den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) ein und begründete diesen.

**Frau Dr. Burkert** beantragte das Rederecht für Herrn Senger.

**Frau Ranft** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Herr Senger** sprach sich gegen den Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion aus.

**Herr Lembert** sagte, dass es eine Selbstverpflichtung der Träger bei Projektmitteln, welche die Stadt zur Verfügung stellt, schon geben soll. Er sagte, dass die Beschlussfassung dann überflüssig wäre.

**Frau Brederlow** sagte, dass es eine generelle Selbstverpflichtung bei Förderungen gibt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. **Frau Ranft** bat um Abstimmung

zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur  
Beschlussvorlage "Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" ( VII/  
2019/00017)  
Vorlage: VII/2019/00622

---

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

2. Damit verbunden beschließt der Stadtrat einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 55T€, welcher vorbehaltlich eines genehmigten Haushaltes haushaltsneutral durch Veränderungen desselben zur Verfügung gestellt wird.

**zu 4.1.2 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zur zur Beschlussvorlage  
"Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019" ( VII/ 2019/00017)  
Vorlage: VII/2020/00827**

---

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Konzeption zu Freiräumen für engagierte Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt Halle (Saale) („Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019“).
2. **Alle Personen, Vereine, Projekte und Organisationen, die im Rahmen des Freiraumkonzepts um Unterstützung ersuchen, werden vorab auf folgendes Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung verpflichtet:**

***„Hiermit bestätige(n) ich (wir), dass ich (wir) uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen. Ich (wir) gewährleiste(n), dass meine (unsere) Aktivitäten ausschließlich den Zielen des Grundgesetzes förderlich sind.“***

Abschließend bat **Frau Ranft** um Abstimmung zur geänderten Beschlussvorlage.

**zu 4.1 Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019  
Vorlage: VII/2019/00017**

---

**Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Änderungen**

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage beigefügte Konzeption zu Freiräumen für engagierte Einwohnerinnen und Einwohner in der Stadt Halle (Saale) („Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019“).

2. Damit verbunden beschließt der Stadtrat einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 55T€, welcher vorbehaltlich eines genehmigten Haushaltes haushaltsneutral durch Veränderungen desselben zur Verfügung gestellt wird.

**zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

**zu 7 Mitteilungen**

---

Mitteilungen gab es nicht.

## zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

### zu 8.1 Herr Schiedung zu Internet

---

**Herr Schiedung** sagte, dass im Neubau der Marquerite-Friedlaender-Schule noch nicht in allen Räumen das Internet funktionieren soll. Er fragte nach dem aktuellen Stand.

**Frau Brederlow** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

### zu 8.2 Frau Dr. Burkert zur Schule in Halle Neustadt

---

**Frau Dr. Burkert** bezog sich auf die Christian- Gotthilf-Salzman Förderschule und sagte, dass die Schule für 100 Schülerinnen und Schüler ausgelegt ist. Derzeit wird sie jedoch vom 135 Schülerinnen und Schülern besucht. Sie informierte, dass auf Grund der Kapazitätsengpässe die Aula zum Musikraum umfunktioniert werden musste. Sie fragte, ob es eine obere Belegungsgrenze für die Schule gibt oder diese eingerichtet werden kann. Weiter fragte sie, ob im Time-Out Raum ein Fenster in der Tür installiert werden könnte und die Tür auch gepolstert werden könnte. Sie regte an, eine Kameraüberwachung zu installieren, welche mit dem Sekretariat verbunden ist.

Weiter fragte **Frau Dr. Burkert**, ob der Wartebereich gemütlicher gestaltet werden könnte.

### zu 8.3 Frau Dr. Burkert zur Lessingschule

---

**Frau Dr. Burkert** sagte, dass die Lessingschule im Sportunterricht Eislaufen gehen wollte. Eine entsprechende Zusage der Verwaltung hat es gegeben. Einige Klassen konnten den Unterricht bereits abhalten. Jedoch wurde das Eislaufen kurzfristig wieder abgesagt. Sie fragte, wie das Konzept weiter umgesetzt werden kann.

**Herr Frolow** sagte, dass das Eislaufen aufgrund der Haushaltssituation nicht durchgeführt werden konnte. Er sagte, dass derzeit nur Pflichtaufgaben wahrgenommen werden können.

**Frau Dr. Burkert** sagte, dass die Eltern hätten eher informiert werden müssen.

**Frau Brederlow** sagte, dass viele Projekte nur bis 31.12. dauern.

## zu 9 Anregungen

---

### zu 9.1 Frau Dr. Burkert zu Patenschaften

---

**Frau Dr. Burkert** regte die Mitglieder an, Patenschaften für die Förderschule Christian-Gotthilf-Salzman zu übernehmen.

## zu 9.2 Frau Dr. Burkert zu auswärtiger Sitzung

---

**Frau Dr. Burkert** regte an, eine Sitzung des Bildungsausschusses in der Förderschule Christian- Gotthilf-Salzmänn abzuhalten.

Für die Richtigkeit:

---

Melanie Ranft  
Stellvertretende Ausschussvorsitzende

---

Lisa Paatzsch  
Protokollführerin